



Im Fokus: Bundesländer

8. Dezember 2025



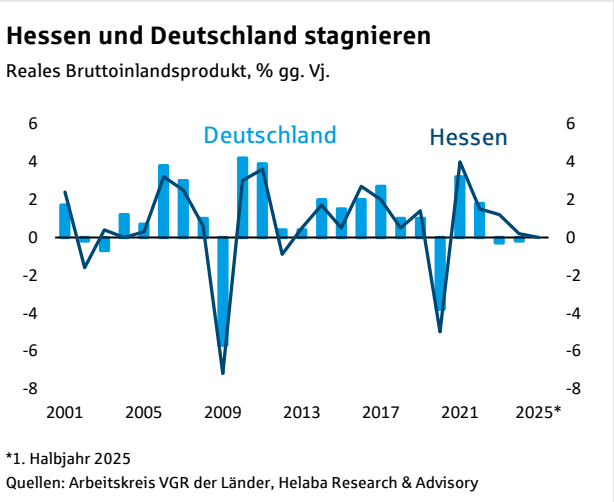
Zahlen & Fakten: Das Bundesland Hessen

Während der starke Dienstleistungssektor das Wachstum stützt, belasten hohe Energiepreise und Exportprobleme die Industrie. Für 2026 erwarten wir ein solides Wirtschaftswachstum.



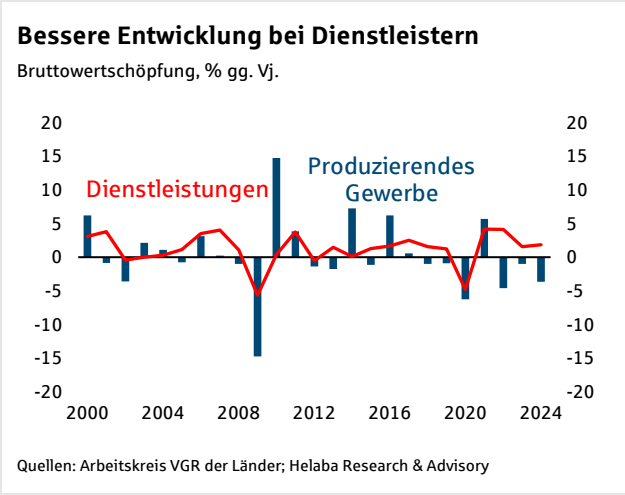
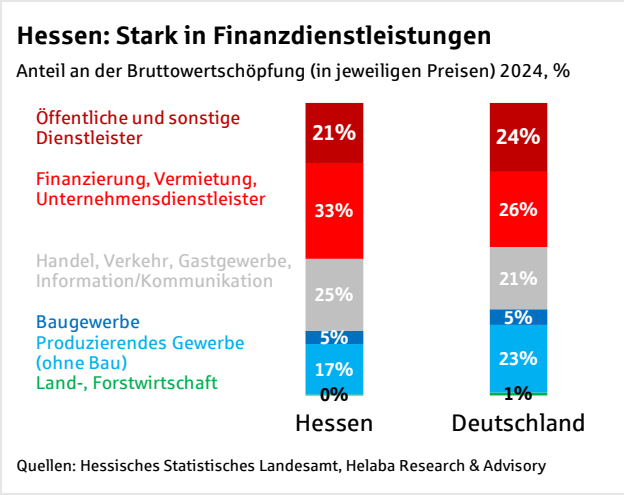
Paul Richter
Immobilien- &
Regionalanalyse
T 069/91 32-79 58

Die deutsche Wirtschaft schwächelt seit drei Jahren und die Arbeitslosenquote ist gestiegen. US-Importzölle, schwache Binnenkonjunktur und strukturelle Belastungen wie hohe Energiepreise und Bürokratie bremsen die Konjunktur. Diese Probleme rücken auch in Hessen zunehmend in den Vordergrund. Nach zwei Jahren überdurchschnittlicher Dynamik verzeichnete das Bundesland im ersten Halbjahr 2025, genau wie Gesamtdeutschland, **kein Wachstum**. Die Wirtschaftsstruktur mit Flughafen, Finanzplatz und vielfältigem Industriemix hatte zuvor für eine Outperformance gesorgt, steht jedoch im aktuellen makroökonomischen Umfeld vor Herausforderungen.



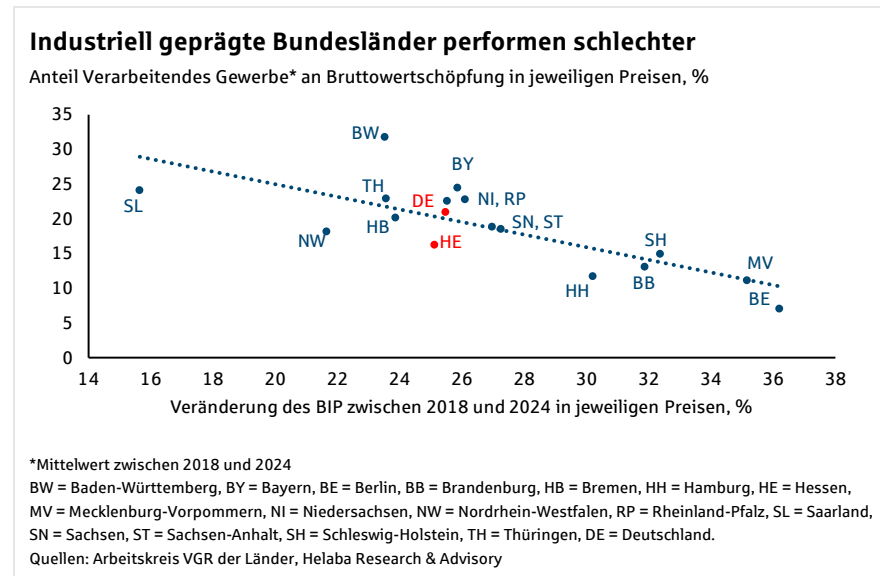
Dienstleistungsland Hessen

Die hessische Wirtschaftslandschaft weist einige deutliche Unterschiede zur deutschen auf. Der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung liegt unter dem Bundesdurchschnitt, während der **Dienstleistungssektor überdurchschnittlich stark vertreten** ist. Allein Frankfurt verfügt über eine einzigartige Kombination von Standortfaktoren: ein bedeutendes Finanzzentrum, einen internationalen Flughafen sowie einen renommierten Messestandort. Diese Besonderheiten spiegeln sich auch in den statistischen Daten wider. Rund ein Drittel der Bruttowertschöpfung entfällt auf den Be-



reich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen“, während etwa ein Viertel vom Sektor „Handel, Verkehr, Gastgewerbe sowie Information und Kommunikation“ beigesteuert wird. Der hohe Anteil dieser Dienstleistungen verleiht ihnen einen überproportionalen Einfluss auf das hessische Bruttoinlandsprodukt.

Bei einer Gegenüberstellung der Bruttowertschöpfung von Produzierendem Gewerbe und Dienstleistungssektor (S. 1) fällt auf, dass sich die **Dienstleistungen im letzten Jahrzehnt meist besser** entwickelt haben als die Industrie. Vor allem nach der Pandemie haben sie zum Wachstum des Bundeslandes beigetragen. Seit 2022 ist die Entwicklung der Bruttowertschöpfung der Industrieunternehmen in Hessen negativ. Gesamtwirtschaftlich wurde dieser Effekt zuletzt von dem starken Dienstleistungssektor überdeckt, der weniger volatil und nicht so stark von gestörten Lieferketten, gestiegenen Energiepreisen und schwacher Nachfrage betroffen ist.

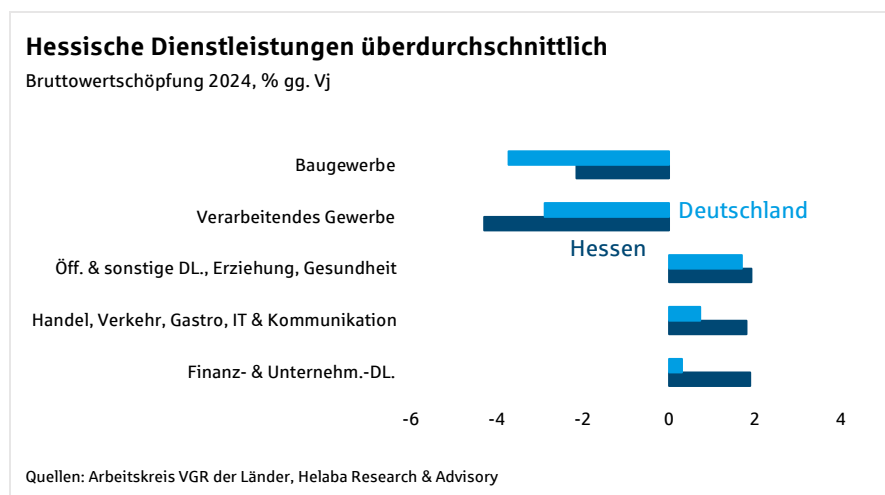


Das Muster, dass das Wirtschaftswachstum von einer schwächelnden Industrie gebremst wird, während der Dienstleistungssektor einen positiven Wachstumsbeitrag leistet, zeigt sich auch in anderen Bundesländern. Das **Brutto-sozialprodukt von Ländern und Stadtstaaten wuchs gemessen am Anteil des Verarbeitenden**

Gewerbes sehr unterschiedlich. Zwischen 2018 und 2024 ging ein höherer Industrieanteil mit geringerem Wachstum einher. Industriestarke Bundesländer wie Bayern und Baden-Württemberg wuchsen langsamer als das dienstleistungsorientierte Berlin.

Die Bruttowertschöpfung auf Sektorebene (S. 3) zeigt für 2024, dass sich der **hessische Dienstleistungssektor im Vergleich zum Bund überdurchschnittlich** entwickelt hat, während das Produzierende Gewerbe deutlich schwächer abschnitt. Der für Hessen besonders bedeutende Dienstleistungsbereich legte insgesamt um 1,9 % zu, mehr als doppelt so stark wie der Bund (0,9 %). Besonders dynamisch entwickelten sich die Finanz- und Unternehmensdienstleistungen mit einem Plus von 1,9 % in Hessen gegenüber lediglich 0,3 % bundesweit. Auch Handel, Verkehr und Kommunikation verzeichneten in Hessen mit 1,8 % ein stärkeres Wachstum als im Bund (0,7 %). Das Baugewerbe rutschte dagegen ins Minus (-2,2 %), wenn auch weniger stark als bundesweit (-3,7 %). Im Produzierenden Gewerbe ohne Bau

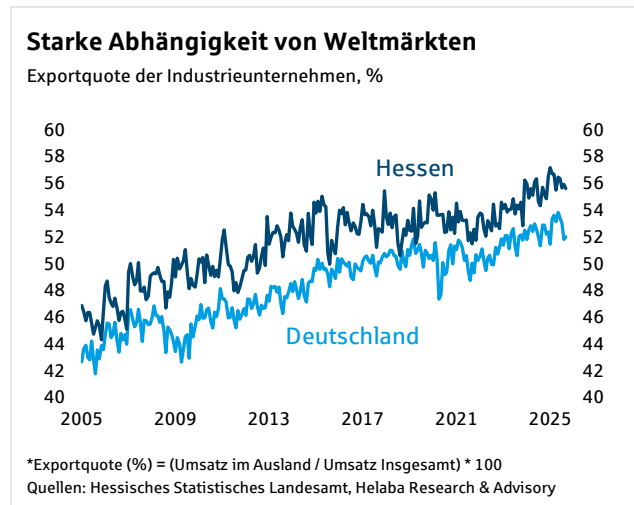
setzte sich der seit 2022 anhaltende Rückgang fort. Hessen verzeichnete -3,6 % gegenüber -3,0 % im Bund, getrieben von der Industrie (-4,3 % vs. -2,9 %). Diese leidet aufgrund ihrer hohen Energieintensität unter den gestiegenen Energiepreisen und durch die starke Exportorientierung unter der rückläufigen Auslandsnachfrage aufgrund von US-Einfuhrzöllen und chinesischer Konkurrenz.



Handelskonflikte und hohe Energiepreise belasten die Industrie

Die hessische Industrie profitierte lange von der Globalisierung und trug mit ihrer **überdurchschnittlichen Exportquote** maßgeblich zum Status Deutschlands als Exportweltmeister bei. In Zeiten von Handelskonflikten, gestörten Lieferketten und geopolitischer Unsicherheit wird diese Abhängigkeit von internationalen Märkten jedoch zur Wachstumsbremse.

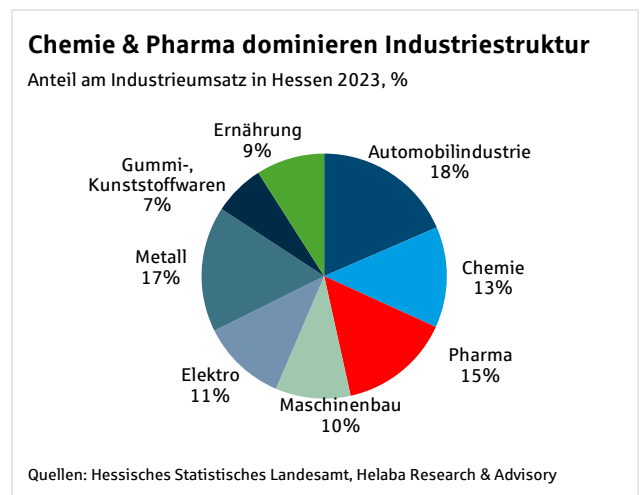
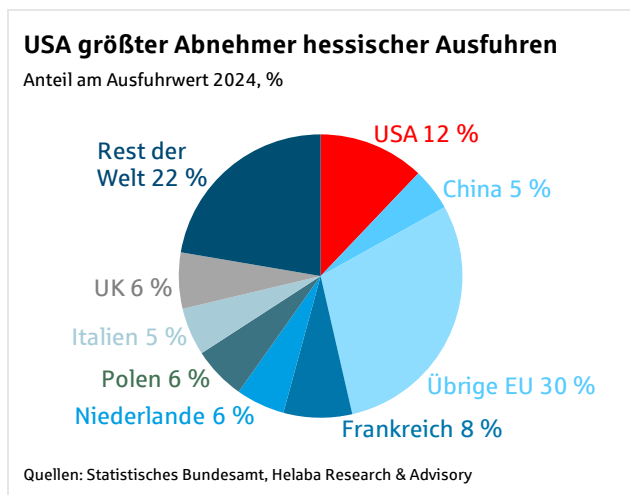
Wie in Deutschland ist die EU mit rund 55 % der Ausfuhren der wichtigste Absatzmarkt für hessische Exporte. **Größtes Hauptabnehmerland sind die USA.** Hessen exportiert etwa 12 % seiner Waren dorthin, Deutschland nur 10 %. Damit treffen die amerikanischen Einfuhrzölle auch Hessen stark.



Besonders vulnerabel sind die Ausfuhren pharmazeutischer Erzeugnisse in die USA. Nach Angaben der Hessen Agentur exportierte das Bundesland 2023 Güter dieser Kategorie im Wert von 3,8 Mrd. Euro in die USA. Nach Warengruppen entspricht das 38 % aller hessischen Ausfuhren in die Vereinigten Staaten. Umgekehrt machen Pharmaimporte aus den USA 26 % der Einfuhren aus, was die gegenseitige Abhängigkeit verdeutlicht. **Pharmazeutische Produkte sind damit die wichtigsten Güter Hessens im Handel mit den USA.** Weltweit liegt ihr Anteil an den hessischen Gesamtexporten bei 16 %, deutlich geringer, aber weiterhin bedeutend. Der hohe Anteil des US-Geschäfts unterstreicht die Stärke der Branche, birgt jedoch ein Konzentrationsrisiko. Eine Verschärfung der Handelskonflikte mit den USA könnte den wirtschaftlichen Schaden weiter erhöhen.

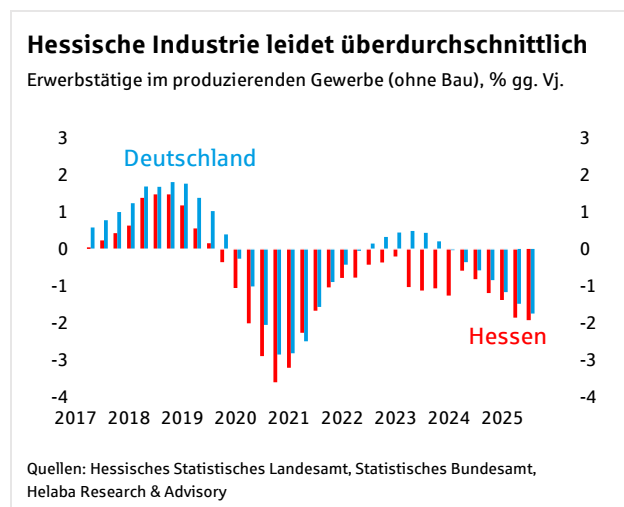
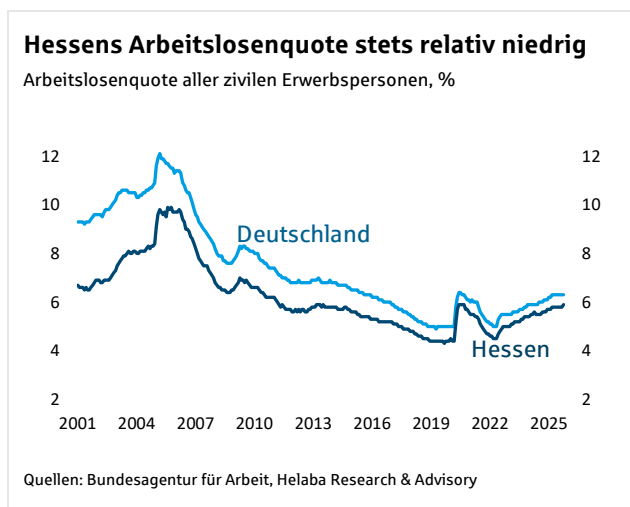
Entgegen den wirtschaftlichen Turbulenzen entwickelt sich die Pharmabranche weiterhin positiv. Andere wichtige Industriezweige in Hessen stehen jedoch unter Druck. Hohe Energiepreise sowie eine schwache Nachfrage im In- und Ausland belasten die Produktion der **energieintensiven Chemie- und Metallindustrie, die zusammen rund 30 % des Industrieumsatzes** generieren. Die Automobilindustrie macht rund 18 % der hessischen Industrieumsätze aus. Die Umstellung auf Elektromobilität, US-Importzölle und wachsende internationale Konkurrenz, insbesondere aus China, belasten die Branche.

Positive Impulse für die Industrie könnten aus Nordhessen kommen, wo sich ein **bedeutendes Rüstungscluster** befindet. Dieses profitiert von steigenden Investitionen in die Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft infolge der „Zeitenwende“. Zudem bieten die Unternehmen Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitskräfte, die in anderen Branchen freigesetzt werden.



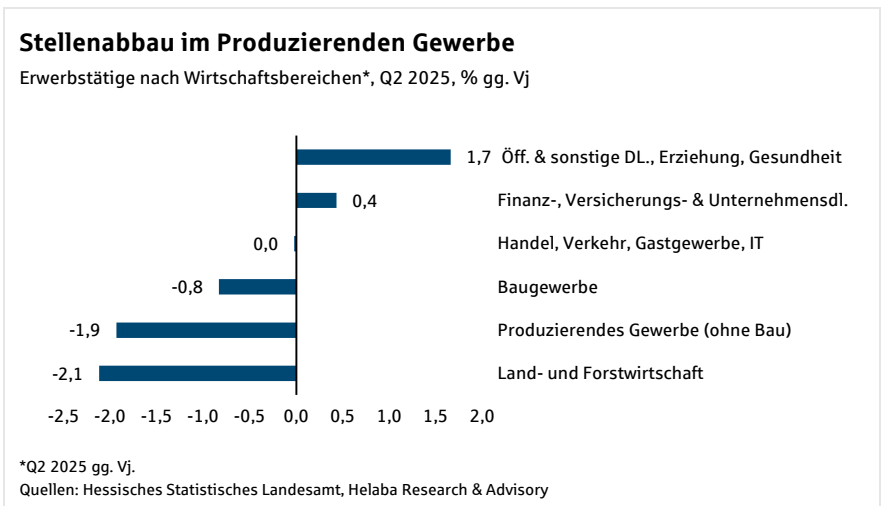
Hessischer Arbeitsmarkt im Strukturwandel

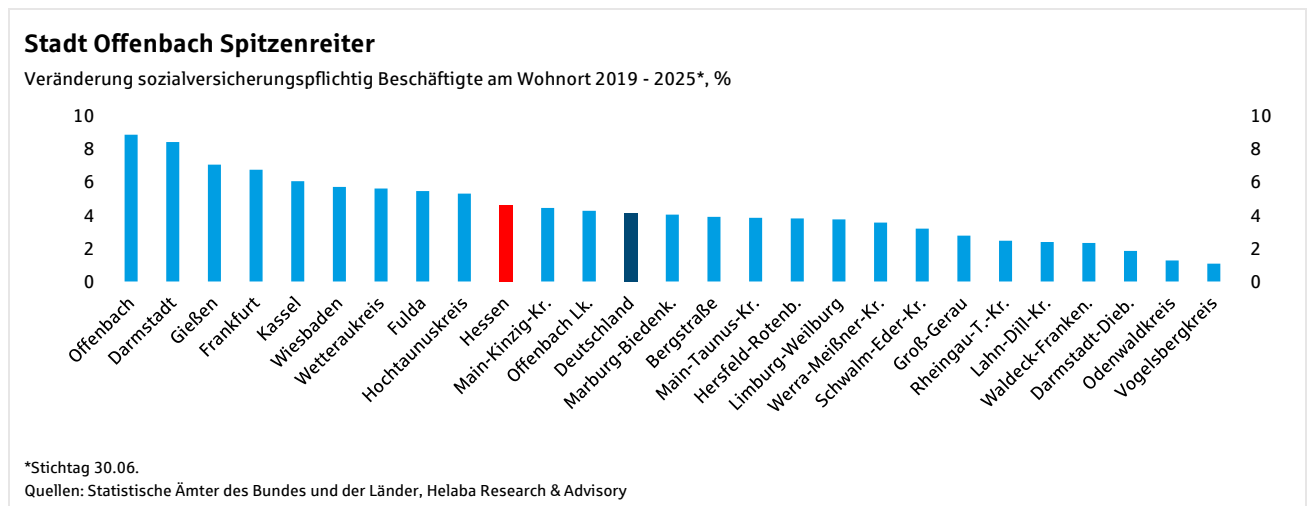
Trotz Beschäftigungsaufbau in der Rüstungsbranche zeigt sich die anhaltende Schwäche der Industrie am Arbeitsmarkt. Die **hessische Arbeitslosenquote stieg** von ihrem Tiefpunkt von 4,9 % im September 2019 auf 5,9 % im September 2025. Sie liegt wie in früheren Zyklen unter der deutschen von 6,3 %.



Jedoch ist der **Rückgang der Industriearbeitsplätze in Hessen wesentlich ausgeprägter** als im Bundesdurchschnitt. Seit Herbst 2019 ist die Zahl der Erwerbstätigen im hessischen Verarbeitenden Gewerbe ununterbrochen rückläufig. In Deutschland kam es ebenfalls infolge der diversen Krisen zu einem Stellenabbau, jedoch auch wieder zu einem zyklischen Stellenaufbau in den Jahren 2022 und 2023. Währenddessen nahm der hessische Stellenabbau 2022 nochmals deutlich zu. Grund hierfür ist der große Anteil energieintensiver Branchen, deren Geschäftsmodell infolge gestiegener Energiepreise stärker unter Druck steht. Insgesamt reduzierte sich die Anzahl der hessischen Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe vom zweiten Quartal 2019 bis 2025 um rund 40.500 Personen oder um 8,0 %. Im gleichen Zeitraum sank die deutsche Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe lediglich um 5,3 %.

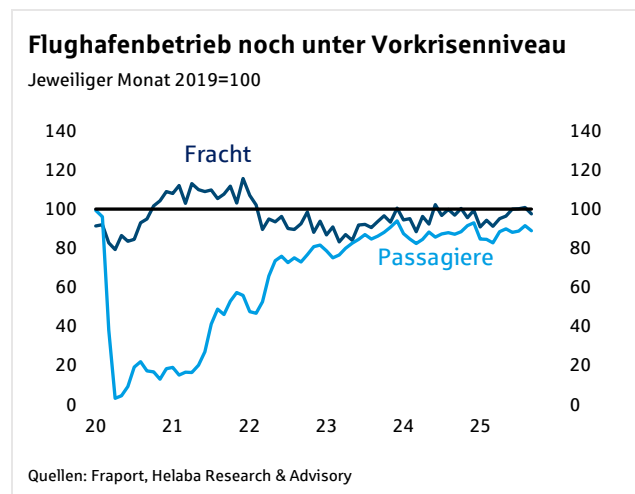
Dem Abbau von Industriearbeitsplätzen steht ein **Stellenaufbau im Dienstleistungssektor** gegenüber. So erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten in der Finanzbranche im zweiten Quartal 2025 gegenüber dem Vorjahr um 0,4 %. Im öffentlichen Sektor fiel der Zuwachs mit 1,7 % gegenüber dem Vorjahresquartal deutlich stärker aus. Das Beschäftigungsniveau im Aggregat aus Handel, Verkehr, Gastgewerbe sowie Information und Kommunikation blieb hingegen unverändert. Die Rezession im Wohnungsbau wirkte sich dagegen negativ auf die Beschäftigung im Baugewerbe aus, die um 0,8 % zurückging. Insgesamt **gewinnen Dienstleistungen am Arbeitsmarkt zunehmend an Bedeutung**.





Einzelne Regionen können unter dem Rückgang bestimmter Wirtschaftszweige leiden, wenn es ihnen nicht gelingt, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Diese entstehen vermehrt in größeren Städten, da Unternehmen und deren Beschäftigte von kurzen Wegen und Netzwerkeffekten in Ballungsräumen profitieren. Besonders deutlich zeigt sich der **Beschäftigungszuwachs in den hessischen Großstädten**. Spitzenreiter ist Offenbach mit einem Anstieg von 8,9 % im Zeitraum 2019 bis 2024, deutlich über dem hessischen Durchschnitt von 4,6 %. Grund hierfür sind erfolgreiche Ansiedlungs- und Standortstrategien, wie etwa eine niedrige Gewerbesteuer, die Unternehmen anzieht. Zudem profitiert Offenbach von seiner Nähe zum Wirtschaftszentrum Frankfurt, wo rund ein Viertel des hessischen BIP erwirtschaftet wird.

Mit rund 81.000 Beschäftigten zählt der **Flughafen Frankfurt als größte Arbeitsstätte Deutschlands** zu den wichtigsten Wirtschaftsmotoren der Rhein-Main-Region. Jedoch trug er zuletzt nicht mehr zum Wachstum bei, weil die Passagierzahlen noch hinter dem Vorkrisenniveau zurückbleiben. Dies kann sich jedoch im neuen Jahr ändern. Steigende Reallöhne und ein zunehmender Konsum werden die Nachfrage nach Flugreisen erhöhen und diese rechtzeitig zur Eröffnung des Terminal 3 im Frühjahr 2026 ankurbeln. Der Frachturnschlag hat sich dagegen trotz deutscher Exportschwäche auf dem Niveau vor der Pandemie eingependelt.



Im Jahr 2026 wird die deutsche Wirtschaft vor allem durch höhere private Konsumausgaben sowie steigende staatliche Ausgaben für Infrastruktur aus dem Sondervermögen gestützt. Diese Impulse dürften auch private Investitionen fördern und zu einem Rückgang der Arbeitslosenquote beitragen. Von der Auslandsnachfrage ist hingegen kein Wachstumsbeitrag zu erwarten. Diese Rahmenbedingungen gelten gleichermaßen für Hessen und Deutschland. Wir erwarten für 2026 ein **BIP-Wachstum von 1,8 %**, begünstigt durch zusätzliche Arbeitstage im Kalenderjahr. Die in der Öffentlichkeit stärker beachtete kalenderbereinigte Wachstumsrate sehen wir bei 1,5 % – sie wird allerdings für die Bundesländer von der amtlichen Statistik nicht erfasst. Dieses Wachstum für 2026 stellt einen deutlichen Anstieg gegenüber dem prognostizierten moderaten Plus von 0,2 % im Jahr 2025 dar. Eine klare Outperformance Hessens gegenüber dem Bund erscheint jedoch weniger wahrscheinlich. Zwar wächst der Dienstleistungssektor kräftig, doch gleicht dies lediglich die überdurchschnittliche Schwäche der hessischen Industrie aus. Damit wird Hessen voraussichtlich wie der Bund wachsen.



Hessen bleibt vorerst in den roten Zahlen

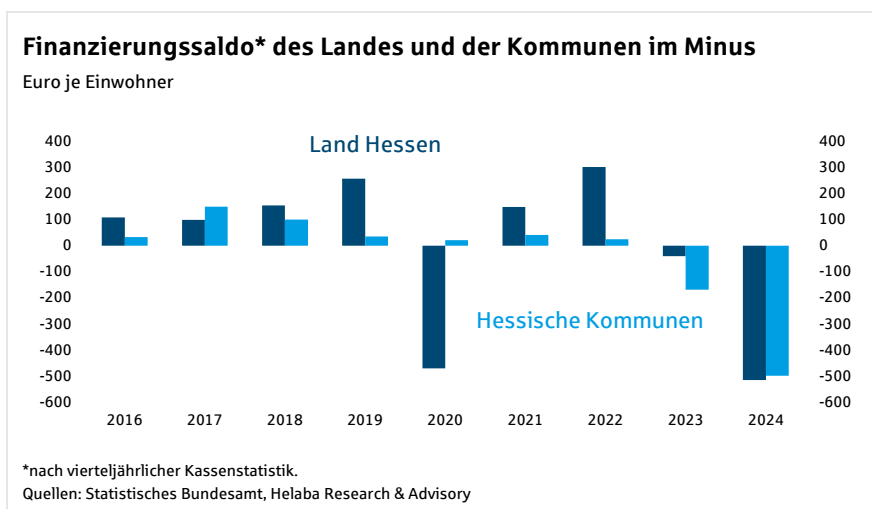
Eigentlich zählt Hessen zu den finanzstarken Bundesländern. Doch die derzeit angespannte Finanzlage macht auch vor Land und Kommunen nicht Halt; rote Zahlen sind häufig zu finden.



Dr. Stephan Brand
Öffentliche Finanzen
& Nachhaltigkeit
T 069/91 32-46 59

Dank seiner starken und breit aufgestellten Wirtschaftsstruktur zählt Hessen zu den finanzstarken Bundesländern. Seit vielen Jahren gehört das Land zu den sog. **Geberländern** im Bundesstaatlichen Finanzausgleich (früher: Länderfinanzausgleich).¹ 2024 stand es an dritter Stelle und gab 3,7 Mrd. Euro oder umgerechnet fast 600 Euro je Einwohner in den Topf. Doch die Zeiten deutlicher Finanzüberschüsse dürften vorerst vorbei sein. Seit 2023 hinterlässt die schwache Wirtschaftslage ihre Spuren in den öffentlichen Haushalten. Während die **Einnahmen nur wenig zunehmen, wachsen die Ausgaben stärker**. Von 2023 auf 2024 stiegen die Einnahmen des Landes um rund 4 %, die Ausgaben hingegen um 11 %. Bei den Kommunen sieht das Verhältnis nur unwesentlich besser aus; hier stehen 4 % höhere Einnahmen rund 10 % mehr Ausgaben gegenüber.

Die Folge sind **Finanzierungsdefizite**, die sowohl auf der Landes- wie auf der Kommunalebene spürbare Größenordnungen erreicht haben. Ende 2024 lag das Land mit 517 Euro pro Kopf im Minus, die Kommunen mit 499 Euro je Einwohner. Bis Mitte 2025 hat sich die Lage verschlechtert; die Finanzlücke beim Land fällt um rund 6 % und bei den Kommunen sogar um 13 % größer aus als im Vorjahreszeitraum.

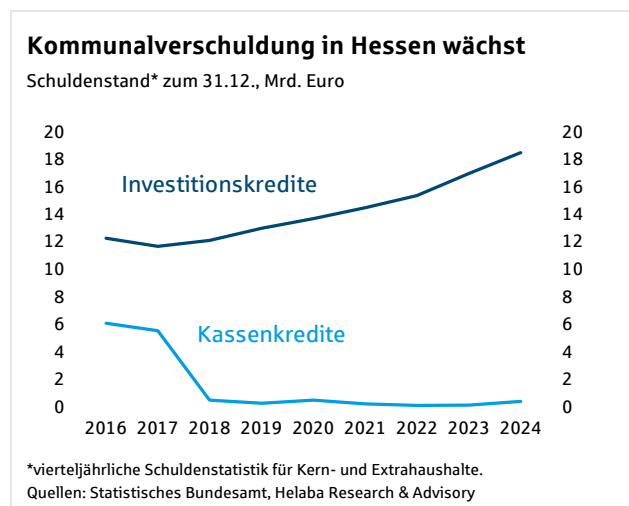
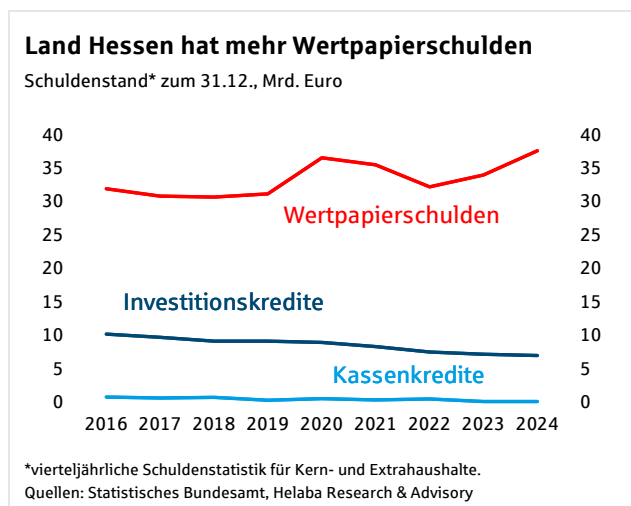


Treiber hinter den Defiziten waren in der Summe beim Land vor allem **höhere Personalausgaben** (+11 %) und bei den Kommunen ein **steigender Sachaufwand** (+11 %) sowie **mehr Zuschüsse an Dritte** (+ 10 %), vor allem für soziale Aufgaben und Kinderbetreuung. Auch alle anderen Ausgabenkategorien zeigen hohe Zuwachsraten. Demgegenüber konnten die Einnahmen nicht mithalten. Die Steuereinnahmen des Landes legten um 5 % zu, die der Kommunen nur um 2 %. Für die hessischen Kommunen sind auf der Einnahmeseite die Zuweisungen des Landes sehr viel wichtiger. Während die Steuereinnahmen bei den Kommunen nur etwa 40 % der Gesamteinnahmen ausmachen, kommt der größere Teil mit fast 60 % aus den Zuweisungen des Landes. Sie werden zumeist über den **Kommunalen Finanzausgleich** (KFA) an die Kommunen ausgezahlt. Das Land hat die Ausgleichsmasse von gut 7 Mrd. Euro im Jahr 2024 auf 7,4 Mrd. Euro für 2026 erhöht. Hinzu kommt eine **Soforthilfe** von 300 Mio. Euro. Dies erscheint auch nötig, denn der **Landesrechnungshof** zeigt in seinem Kommunalbericht, dass 2024 über 80 % der hessischen Kommunen ihren Haushalt aus eigener Kraft nicht ausgleichen konnten.

Auch das Land muss seine Haushaltslücke über eine deutliche **Neuverschuldung** von 1,6 Mrd. Euro laut Haushaltsplan 2026 schließen. Ermöglicht wurde dies durch die Lockerung der Schuldenbremse.² Dabei ist die Landesverschuldung bereits in den letzten Jahren auf rund 44,6 Mrd. Euro gestiegen. Das entspricht etwas mehr als 7.000 Euro je Einwohner und einem Anstieg von 8 % gegenüber dem Vorjahr.

¹ Siehe hierzu unseren Fokus [Öffentliche Finanzen: Länderfinanzausgleich 2024 folgt bekannten Mustern](#) vom 24.02.2025.

² Siehe hierzu unseren Fokus [Öffentliche Finanzen: Wirkung des Fiskalpakets auf Schulden und Branchen](#) vom 18.06.2025.



Auf der kommunalen Ebene sind die Schulden um rund 10 % gestiegen. Ende 2024 betrug die Gesamtverschuldung der Städte, Gemeinden und Landkreise in Hessen über 18,9 Mrd. Euro. Im Durchschnitt entspricht dies mehr als 3.000 Euro je Einwohner. Damit zählen die hessischen Kommunen zu den am **höchsten verschuldeten Gebietskörperschaften** im Bundesvergleich. Der Großteil der kommunalen Schulden ist investiv bedingt. Nach einem Schuldenschnitt durch die Hessenkasse 2017 sind nur noch 2 % **Kassenkredite**. Diese Kredite zur Liquiditätssicherung nehmen allerdings seit 2023 wieder zu. Zudem zeigen die Kernhaushalte nur einen vergleichsweise kleinen Teil der öffentlichen Schulden. Das **Statistische Landesamt** weist für 2024 aus, dass knapp 60 % der **integrierten Schulden** außerhalb der Kernhaushalte liegen, also bei kommunalen Unternehmen und Beteiligungen. Somit kommen noch einmal fast 24 Mrd. Euro öffentlicher Schulden auf der kommunalen Ebene hinzu, die nicht ohne Weiteres aus der Statistik ersichtlich sind.

Von der angespannten Finanzlage sind die öffentlichen **Investitionen** vorerst wenig beeindruckt. Das Land investierte 2024 knapp 1,3 Mrd. Euro, die Kommunen in der Summe sogar über 4,1 Mrd. Euro. Fraglich ist, inwieweit die Investitionsplanungen aufrechterhalten werden können, wenn die Defizite in naher Zukunft Haushaltskonsolidierungen erzwingen. Ein Stück weit können die Investitionen allerdings aus dem **Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität** bestritten werden. Vom Landesanteil in Höhe von 7,4 Mrd. Euro erhalten die Kommune mit 4,7 Mrd. Euro immerhin 63 % über einen Zeitraum von zwölf Jahren. Dies reicht nicht, um alle Investitionsbedarfe zu decken, hilft aber, die Investitionsplanungen zumindest partiell zu stabilisieren. Die Mittel aus dem Sondervermögen dürften daher auch in Hessen die Konjunktur stützen und 2026 zu einem höheren Wirtschaftswachstum beitragen. Bis sich die wirtschaftliche Erholung allerdings in den öffentlichen Kassen niederschlägt, vergeht erfahrungsgemäß einige Zeit.



Hier können Sie sich für unsere Newsletter anmelden:
<https://news.helaba.de/research/>

Herausgeber und Redaktion

Helaba Research & Advisory

Redaktion:

Dr. Stefan Mitropoulos

Verantwortlich:

Dr. Gertrud Rosa Traud

Chefvolkswirtin/

Head of Research & Advisory

Neue Mainzer Str. 52-58

60311 Frankfurt am Main

T +49 69 / 91 32 – 20 24

Internet: www.helaba.com

Disclaimer

Die Publikation ist mit größter Sorgfalt bearbeitet worden. Sie enthält jedoch lediglich unverbindliche Analysen und Prognosen zu den gegenwärtigen und zukünftigen Marktverhältnissen. Die Angaben beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wir aber keine Gewähr übernehmen können. Sämtliche in dieser Publikation getroffenen Angaben dienen der Information. Sie dürfen nicht als Angebot oder Empfehlung für Anlageentscheidungen verstanden werden.